

**2018/001**

öffentlich



Dezernat B  
Kämmerei  
Michael Neukamm

Bezugsvorlagen:  
2017/259-010

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Ortschaftsrat Warmbronn (Vorberatung)	05.02.2018	Ö
Ortschaftsrat Höfingen (Vorberatung)	07.02.2018	Ö
Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)	21.02.2018	Ö
Planungsausschuss (Vorberatung)	22.02.2018	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	22.02.2018	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	27.02.2018	Ö

## **Anträge ohne direkte finanzielle Auswirkungen zum Haushaltsplanentwurf 2018**

### **Kenntnisnahme**

Von den Stellungnahmen der Verwaltung zu den Anträgen der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2018, welche den Ausschüssen zur Beratung zugeordnet wurden und aus welchen sich keine unmittelbaren Auswirkungen ergeben (siehe Anlage), wird Kenntnis genommen.

### **Zusammenfassung des Sachverhalts**

Behandlung der Anträge der Fraktionen ohne direkte finanzielle Auswirkungen zum Haushaltsplanentwurf 2018.

### **Sachverhalt/Sachstand**

Im Rahmen der Haushaltsplanung stellen die Fraktionen des Gemeinderats Anträge. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurden in den Gremien die Anträge behandelt, aus welchen sich direkte finanzielle Auswirkungen in der Haushaltsplanung ergeben. Die restlichen (nicht haushaltswirksamen) Anträge werden mit dieser Vorlage zur Beratung vorgelegt.

Klaus Brenner  
Bürgermeister

Dr. Ulrich Vonderheid  
Erster Bürgermeister

Martin Kaufmann  
Oberbürgermeister

### **Anlage/n**

1	Fraktionsanträge 2018 nicht haushaltswirksam
---	--

## Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2018 – nicht im Jahr 2018 haushaltswirksam

Antragsnummer	Vorgeschlagene Änderung	Hinweise der Verwaltung	Ausschuss
CDU 02	Unterer Schützenrain: Wohnbebauung beschleunigen; siehe hierzu auch § 13 BauGB (in Kraft seit 13.05.2017)	Antrag zum gleichen Thema: FDP 03 (bereits im Rahmen der haushaltswirksamen Anträge behandelt) <i>Auf die Unterlagen zur Klausurtagung 2016 und DS 2016 G16 wird verwiesen. Die Verwaltung empfiehlt, eine Priorisierung der 2018 einzuleitenden Bebauungsplanverfahren zu Neubaugebietsentwicklungen auf der Grundlage der Verkehrserhebung 2018 (Quell- Zielmatrix) vorzunehmen.</i>	PA
CDU 03	Bezahlbarer Wohnraum: Definition/Festlegung der Regeln incl. der Regeleinhaltung u.a. Wie wird die Vorgabe definiert? Wer kontrolliert Vorgabe 25%? Vertragsstrafe bei Nichteinhaltung? Regelung in städtebaulichem Vertrag ? Zukünftige Überwachung / Einhaltung durch wen?	Schaffung von bezahlbarem Wohnraum (u.a. Quote für bezahlbares Eigentum, sozialen Mietwohnungsbau, Belegungsrechte der Stadt etc.) werden im Grundstücksvertrag/Kaufvertrag verbindlich geregelt und u.a. über Vertragsstrafen und zusätzlich dinglich in den Grundbüchern gesichert. Die Eckpunkte zum entsprechenden Vertragswerk TSG-Gelände Jahnstraße werden dem Gemeinderat voraussichtlich im 1. Quartal 2018 zum Beschluss vorgelegt. Das Belegungsrecht wird durch das JFS ausgeübt.	PA
CDU 07	Schuldenabbau: Hierzu sollen Vorschläge durch den neuen OB erfolgen	Die Thematik wird im 1. Halbjahr 2018 i.R.d. Klausurtagung mit dem Gemeinderat diskutiert. Diese wird voraussichtlich im Juni stattfinden.	VA
CDU 09	Breitbandausbau Mahdental: Wird dieser Bereich von der Telekom abgedeckt?	Ja, die Telekom modernisiert auf Hinwirken der Stadt den entsprechenden Kabelverzweiger (trotz einer enormen finanziellen „Deckungslücke“). Die Glasfaser wird hierzu durch einen stillgelegten Abwasserkanal und per Spülbohrung verlegt.	VA
CDU 11	Bushaltestelle KH: Für diese Haltestelle soll beim Kreis ein barrierefreier Ein- u. Ausstieg eingefordert werden.	Seitens der Stadtverwaltung und der Stadtwerke wird dies für dringend erforderlich gehalten. Im AK Inklusion war diese Haltestelle schon mehrfach Thema.	VA
CDU 14	Bußgeldkatalog Müll: Es soll ein Bußgeldkatalog für Müllvergehen gemacht werden. Ziel soll es sein, die Sauberkeit zu erhöhen.	Gemäß polizeil. Umweltschutzverordnung ist das Wegwerfen oder Ablagern von Kleinabfällen außerhalb dafür bestimmter Abfallbehälter untersagt. Die Ordnungswidrigkeit ist mit 30€ bewehrt. Für die Verfolgung und Ahndung über das "Littering" hinausgehender illegaler Abfallablagerungen ist ohnehin der Kreis Böblingen zuständig. Somit könnte in einem stadt-eigenen Bußgeldkatalog (BKat) nur zwischen Kleinabfällen unterschieden werden. Zwar würde eventuell (!?) das Bewusstsein der Bevölkerung geschärft. Praktisch ergehen derzeit aber nur sehr wenige Anzeigen bzw. Ahndungen in diesem Bereich. Überdies ist dem Normalbürger die Existenz solcher Verordnungen i.d. R. nicht bekannt, so dass er auch sein tägliches Müllentsorgungsverhalten nicht danach ausrichtet. Schließlich bliebe man durch das Differenzieren der Beträge teilweise sogar hinter der derzeitigen Ahndungshöhe zurück. Das OA sieht daher die Einführung eines städtischen BKat für Kleinabfälle unverändert als nicht als zielführend an.	VA
CDU 17	Eigenbetrieb Stadthalle: Welche baulichen Investitionen sind mittelfristig / langfristig erforderliche?	Das vorliegende Gutachten (2016) des Büros Nixdorf umfasst alle dringlich auszuführenden Sanierungsmaßnahmen, um den Betrieb der Stadthalle mittelfristig zu sichern sowie Attraktivierungsmaßnahmen im Foyer. In der Planungsphase und noch nicht finanziert ist der notwendige Umbau des Eingangsbereichs. Um belastbare Aussagen über den langfristig notwendigen Investitionsbedarf zu erhalten müsste ein entsprechendes Gutachten in Auftrag gegeben werden.	VA

## Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2018 – nicht im Jahr 2018 haushaltswirksam

Antragsnummer	Vorgeschlagene Änderung	Hinweise der Verwaltung	Ausschuss
CDU 18	Feier 3. Oktober mit Ehrenamtlichen und Neubürgern in regelmäßigen Turnus (2-3 Jahre): Es wird ein Prüfauftrag gestellt ob diese Feiern in die Stadthalle verlegt werden können.	Das seit 1994 praktizierte Konzept der Feiern zum 3. Oktober mit Ehrenamtlichen in der Steinturnhalle und Bewirtung durch den OGWV geht wesentlich auf OB Bernhard Schuler zurück. Es bleibt der Entscheidung von Herrn OB Kaufmann vorbehalten, wie diese Feier künftig ablaufen soll. Es gibt dafür keine Vorschriften oder Empfehlungen. Eine Durchführung der Feierstunde in der Stadthalle mit zusätzlichen Teilnehmern (Neubürger) würde den Mittelbedarf steigern u.a. für Miete, größeren Teilnehmerkreis und Bewirtung durch den Pächter der Stadthalle. Diese Kosten könnten durch den veränderten Turnus aufgefangen werden.	VA
CDU 19	Hallenbad: Die Abluft in der Küche vom Bistro soll überprüft werden.	Es gibt eine ausreichend dimensionierte Lüftungsanlage für die Küche des Bistros, allerdings ohne zusätzlichen Fettabscheider (d.h. es ist keine Zubereitung von frittierten Speisen möglich) und eine Lüftungsanlage des Bistros, gekoppelt mit dem Foyerbereich des Hallenbades. Die Verwaltung bittet um Konkretisierung des Antrages.	SA
CDU 20	Hallenbad: Es sollen gemeinsame Events wie z.B. Kindergeburtstage zur Attraktivierung stattfinden.	Kindergeburtstage sind jetzt schon im Hallenbad möglich. Allerdings kann z.Zt. keine spezielle Animation wegen Personalmangel angeboten werden. Es werden aber Spielgeräte bereitgestellt. Sobald wieder mehr Personal zur Verfügung steht wird auch wieder Animation für Kindergeburtstage angeboten.	SA
CDU 21	Calisthenics-Park einrichten: Diese neue Sportart soll beim Spielplatz Layher-Areal mit integriert werden.	Die im Bebauungsplan definierten öffentlichen Grünflächen zwischen der entstehenden Layher- Bebauung und der Bahnhofstraße sind zwischenzeitlich im Eigentum der Stadt, wobei der Bauträger die Flächen bis zur Fertigstellung seiner Bauvorhaben als BE- Flächen nutzen kann. Die zukünftige Gestaltung dieser Flächen muss erst noch erarbeitet werden, ebenfalls ist das „Motiv“ dieses Spielplatzes noch nicht näher definiert. Die zuständigen Gremien werden 2018 oder 2019 über diese Flächen entscheiden (Entwurfs- und Ausführungsplanung).	PA SA
CDU 25	Städtische Homepage weiter optimieren: Das Ratsinformationssystem ist sehr schwer zu finden (unter Stadtpolitik).	Ein entsprechend großer Hinweis mit Link zur Ratsinformations-Recherche ist direkt auf der Seite der Volltextsuche platziert. Diese Lösung ist seit 10. November online.	VA
CDU 26	Stadtwappen: Soll wieder auf der Homepage aktiviert werden.	Das Corporate Design der Stadt Leonberg sieht eine Verwendung des Wappens nur noch in sehr wenigen Fällen vor (z. B. Urkunden). Das etablierte Zeichen ist das Leonberg-Logo. Daneben ein zweites Zeichen aufzubauen ist wenig sinnvoll und erfordert in der Konsequenz, das ganze Erscheinungsbild anzupassen; damit sind nicht unerhebliche Kosten verbunden.	VA
CDU 30	Eigenbetrieb Stadthalle: zukünftige Ausrichtung Personal, Geschäftsführer? Vergleiche mit ähnlichen Stadthallen in der Region.	Es gibt in den 11 vergleichbaren Stadthallen der Region (Kongressallianz Region Stuttgart) keine Stadthalle ohne Geschäftsführung. Filderstadt, Ludwigsburg und Esslingen haben zuletzt ausscheidende Geschäftsführer sofort bei Ausscheiden wieder besetzt. Stärkere Anstrengungen im Bereich Marketing, Kundenpflege sowie ein verbessertes Betriebskonzept sind nur möglich, wenn eine geeignete Geschäftsführung (z.B. mit Fünfjahresvertrag) eingesetzt wird. Das vorhandene Personal kann nur die Vermietung auf Nachfrage und die Abwicklung der Veranstaltungen gewährleisten.	VA

## Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2018 – nicht im Jahr 2018 haushaltswirksam

Antragsnummer	Vorgeschlagene Änderung	Hinweise der Verwaltung	Ausschuss
CDU 33	Flächennutzungsplan fortschreiben: Dies ist kurzfristig erforderlich	Antrag zum gleichen Thema: FW 04, FDP 04 (bereits im Rahmen der haushaltswirksamen Anträge behandelt) Die Verwaltung empfiehlt, die Fortschreibung des FNP auf der Grundlage einer aktuellen Verkehrserhebung (Quell- Zielmatrix etc. ) bzw. einer Verkehrsanalyse vorzunehmen. Der bestehende Flächennutzungsplan weist noch weitere (wohnbauliche) Entwicklungsflächen auf, die eine entsprechende Aktivierung und Entwicklung zur Schaffung weiterer Wohnbaupotentiale zulassen.	PA
CDU 38	Noch offen aus 2017; Verschönerung der Brücke am S-Bahnhof Höfingen: Gespräch hierzu mit der Bahn.	Siehe Stellungnahme zu Antrag CDU 36: Betonwand Breslauer Straße: <i>Es handelt sich um ein Sonderbauwerk aus Beton, welches im Unterhalt nach der DIN 1076 zu überprüfen ist. Zum Schutz vor Verschmutzungen sind solche Bauwerke mit Antigraffitanstrich versehen. Bei einer Bemalung müsste zunächst dieser Schutz entfernt werden. Eine Bepflanzung führt zu Folgekosten durch die Pflege.</i>	PA ORH
CDU 39	Noch offen aus 2017; Sanierung Straße zw. Bahnhof Höfingen und Tilgshäuslemühle: Hier war Prüfung durch Tiefbauamt zugesagt.	Instandsetzung bereits erledigt.	PA ORH
CDU 40	Noch offen aus 2017: Absenkung Bordsteinkanten Warenanlieferung Karstadt Leo-Center: Kurze Seite des Gehwegs links vom Zugang zum Saturn; Vororttermin mit AK Inklusion bisher nicht umgesetzt.	Stellungnahme vom TBA lag zum HH 2017 vor. Ev. Termin muss zusammen mit Ordnungsamt erfolgen da ohne Markierung bzw. Beschilderung der Absenker überfahren und zugeparkt wird.	PA
CDU 41	Noch offen aus 2016; Verschönerung Übergang VHS Richtung Neuköllner/Ostertagstraße: Abstimmung mit den Eigentümern erforderlich.	Ein Gestaltungsentwurf wird durch das Baudezernat vorgelegt.	PA
CDU 42	Noch offen aus 2016; Bushaltestelle KH Leonberg: Bushaltestelle Richtung Rutesheimer Straße immer noch nicht beleuchtet (Kreisaufgabe).	Die Beleuchtung in der Wartehalle Richtung Rutesheim / Gebersheim ist installiert.	VA
FW 02	Differenzierung zwischen Pflichtaufgaben und Freiwilligkeitsleistung - Priorisierung von Aufgaben	Die Verwaltung ist der gleichen Auffassung. Welche freiwilligen Aufgaben letztlich wahrgenommen werden ist oft eine politische Entscheidung (z. B. Stadthalle).	VA
FW 03	Fortschreibung Masterplan (Stadtentwicklung) bis zum Jahr 2040		PA
FW 04	Fortschreibung Flächennutzungsplan	Anträge zum gleichen Thema: CDU 33, FDP 04 / bereits im Rahmen der haushaltswirksamen Anträge behandelt	PA

## Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2018 – nicht im Jahr 2018 haushaltswirksam

Antragsnummer	Vorgeschlagene Änderung	Hinweise der Verwaltung	Ausschuss
FW 05	Kontrolle der Umsetzung der vom Krankenhausträger beschlossenen Sanierungsmaßnahmen des KH Leonberg, politische Bemühungen zum Erhalt der Bettenzahl im KH Leonberg	Die Stadtverwaltung begleitet die Maßnahmen des Klinikverbunds zeitnah, kritisch und konstruktiv im engen Schulterschluss.	VA
FW 12	Untersuchung der Installation eines Ringverkehrs im Bereich der Bahnhofstraße/Lindenstraße und Eltinger Straße	Im Anschluss an eine aktuelle Bestandsaufnahme der verkehrlichen Ist- Situation (vgl. FDP 05 / bereits im Rahmen der haushaltswirksamen Anträge behandelt) ist eine umfassende Verkehrsanalyse erforderlich, bevor Zielperspektiven bearbeitet werden. In diesem Rahmen können auch Untersuchungen zu alternativen Verkehrsführungen näher betrachtet werden.	PA
FW 13	Optimierung des Verkehrsflusses (Überprüfung Busvorrechtigung, Verkehrsrechner, Erwerb der Fläche Gasthaus Sonne)	Zur geplanten Neuanschaffung eines Verkehrsrechners und der Einstellung einer ersten Planungsrate siehe S:ALZ 05 (bereits im Rahmen der haushaltswirksamen Anträge behandelt). Aufbauend auf einer neuer technologischen Ebene können technisch alternative Konzepte zur Busbeschleunigung (z.B. GPS- Technik anstelle Schleifensystem) untersucht und diskutiert werden. Eine entsprechende Optimierung des Verkehrsflusses wäre hierzu ein zwingendes Ziel. Die Frage nach dem Erwerb von Flächen im Bereich der sog. Sonnenkreuzung stellt sich nach Kenntnis der Verwaltung derzeit nicht.	PA
FW 14	Akquise von Bundesmitteln und Zuschüssen für die Mobilitätsentwicklung und Optimierung der Lärm- und Abgassituation	Die Akquise von Fördermitteln (aktuell z.B. Bundesfonds Nachhaltige Mobilität in Städten/ „Dieselgipfel“) unter Berücksichtigung der jeweiligen Programm-/Ausschreibungsinhalte stellt eine Daueraufgabe dar.	PA
FW 15	Streifengänge durch die Polizei im Stadtpark	Das Ordnungsamt hat vom Polizeirevier folgende Informationen eingeholt: „Der Stadtpark in Leonberg wird seit mehreren Jahren mit sehr hoher Kontrollintensität seitens des PRev. Leonberg bedacht. Das, was Jugendliche/Heranwachsende/BTM-Konsumenten nervt, vermittelt den Bürgerinnen und Bürgern ein positives Sicherheitsgefühl, für das wir auch positive Rückmeldungen bekommen.“ Konkret wurden folgende Zahlen übermittelt: 2016: 117 Kontrollen/Ereignisse, davon 26 (zeit-, kräfte-) intensivere Schwerpunktmaßnahmen (BTM/Jugendschutzkontrollen) 2017: 116 Kontrollen/Ereignisse, davon 18 (zeit-, kräfte-) intensivere Schwerpunktmaßnahmen (BTM/Jugendschutzkontrollen)	VA
FW 16	Kontaktierung von Bürgervereinen und Anwohnern zur Gewinnung von "Spielplatzpaten"	Vor einer solchen Aktion sollten die Aufgaben und die Kommunikationsstrategie festgelegt werden.	SA
FW 17	Bei Gebäudesanierungen nur wirtschaftlich rentable Maßnahmen durchführen	Die Verwaltung ist grundsätzlich bestrebt bei Sanierungen oder Neubauten die langfristig gesehen wirtschaftlichste Lösung umzusetzen. Dies bedeutet jedoch oftmals im Invest höhere Kosten damit der Lebenszyklus verlängert und Unterhaltungskosten gesenkt werden können.	SA

## Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2018 – nicht im Jahr 2018 haushaltswirksam

Antragsnummer	Vorgeschlagene Änderung	Hinweise der Verwaltung	Ausschuss
FW 18	Auflistung von Einsparpotentialen (personal und Fahrzeuge) im Rahmen des Rathausneubaus	Eine solche Auflistung kann nicht in der Kürze der Zeit aufgestellt werden. Sollte sie gewünscht sein müsste dafür eine eigene Vorlage erstellt werden.	VA
FW 19	Optimierung von Kostendeckungsgraden (vorrangig durch Kostenminderungen)	Im Bereich Wasser und Abwasser besteht bereits eine Kostendeckung zu 100 Prozent. Kosteneinsparungen haben in der Regel ein reduziertes Leistungsangebot zur Folge. Eine Kostenminderung bei den verschiedenen Angeboten des KESS ist wegen des hohen Personalkostenanteils langfristig nur durch Personalabbau durch Nichtbesetzung von Stellen möglich. Damit einher gehen Reduzierungen im Angebot der Einrichtungen, was die Lebensqualität in der Stadt senkt.	PA SA VA
FW 20	Im Rahmen der Kreditbewirtschaftung Optimierung durch Ausnutzung der Niedrigzinsphase	Bei Kreditaufnahmen werden aufgrund der niedrigen Zinsen zurzeit möglichst nur langfristige Zinsbindungen abgeschlossen. Eine Kreditaufnahme auf "Vorrat" ist durch das Gemeindefinanzrecht ausgeschlossen, da nur für getätigte Investitionen die Kreditermächtigung in Anspruch genommen werden darf. Bei einer vorzeitigen Kündigung von Kreditverträgen müssen auch Kommunen eine entsprechende Vorfälligkeitsentschädigung zahlen.	VA
FW 21	Auflistung von Einnahmemöglichkeiten im Bereich des Stadtbaugebiets durch die Verwaltung	Im Anschluss an das jetzt eingeleitete Investorenauswahlverfahren „Postareal mit Brückenschlag“ werden potentielle Investoren zur Umsetzung der jeweiligen Plankonzepte gewonnen. In diesem Rahmen erfolgt auch die Diskussion der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der jeweiligen finanziellen Projektbeiträge von Investor und Stadt. Die Thematik ist in mehreren Diskussionsrunden mit den kommunalpolitischen Gremien abzustimmen und durch Beschlüsse politisch zu legitimieren. Grundsätzlich sieht die Verwaltung deutliche Perspektiven für eine bauliche und betriebliche Umsetzung unter angemessenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.	PA
SPD 01	Die Verwaltung wird aufgefordert, dem Gemeinderat im 1. Halbjahr 2018 ein Konzept vorzulegen, wo preiswerteres Bauland für junge Leonberger angeboten werden kann.	Auf die Unterlagen zur Klausurtagung 2016 und die DS 2016 G16 wird verwiesen. Entsprechend dem Auftrag des Gemeinderates vom 10.10.2017 wird die Verwaltung im 1. Quartal 2018 alternative Standorte weiter untersuchen und den zuständigen Ausschüssen und dem Gemeinderat vorlegen. Bei den Objekten werden die Eignung für die jeweilige Zielgruppe, die Machbarkeit und die zeitliche Abfolge etc. aufgezeigt.	PA
SPD 02	Die Verwaltung wird aufgefordert einen Kriterienkatalog zur Grundstücksvergabe zu entwickeln.	Vor der Festlegung von Kriterien muss sich der Gemeinderat über die Ziele der Grundstücksvergabe verständigen (Ausschöpfung Einnahmepotentiale, Familienförderung, Sozialer Wohnungsbau, etc.)	VA
SPD 03	Die Verwaltungsspitze wird,erneut aufgefordert, mit der Führung der zuständigen Polizeidienststelle ein konzertiertes Vorgehen mit engmaschigen regelmäßigen Kontrollen des fahrenden und stehenden LKW Verkehrs zu erarbeiten und umzusetzen.	Der GVD führt regelmäßig Kontrollen im gesamten Stadtgebiet durch, soweit dies die personellen Ressourcen und die rechtlichen Möglichkeiten zulassen. Allerdings ist der GVD – anders als die Polizei – grundsätzlich nicht zum Anhalten von Kfz im fließenden Verkehr befugt, sondern überwacht lediglich den ruhenden Verkehr. Das Polizeirevier wird daher vom OA über den Antrag informiert und um Kontrollen gebeten. Die Abstimmung eines konzertierten Vorgehens wird dabei wie beantragt angestrebt.	VA

## Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2018 – nicht im Jahr 2018 haushaltswirksam

Antragsnummer	Vorgeschlagene Änderung	Hinweise der Verwaltung	Ausschuss
SPD 09	Es wird die (neue) Verwaltungsspitze beauftragt, dem Gemeinderat bis Mitte nächsten Jahres ein Konzept vorzustellen, wie zumindest die angesprochenen Bereiche effizienter organisiert werden können.	Die Zusammenlegung von Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing ist grundsätzlich denkbar. Es gibt dabei aber kein richtig oder falsch, sondern ein Ergebnis, das je nach Gewichtung der unterschiedlichen Aspekte so oder so ausfällt.  Die Einrichtungen des KESS direkt einem Dezernenten zuzuordnen ist wenig sinnvoll. Es werden damit zwar direktere Entscheidungswege generiert, aber der Dezernent hat eine breitere Leitungsspanne und ist viel mehr mit operativen Aufgaben konfrontiert. Außerdem würden die Leitungen der Einrichtungen in den Rang von Amtsleitungen kommen, mit möglichen finanziellen Auswirkungen.	SA VA
SPD 22	Es wird beantragt, dass das zuständige Fachamt im Rahmen eines „runden Tisches“, der mindestens 1 x jährlich einberufen wird, dafür Sorge trägt, dass eine künftig bessere Terminkoordination von Vereinsevents erfolgt.	Ein solcher Abstimmungstermin war vor einigen Jahren ausgesetzt worden, da die Fülle der Veranstaltungen in der Kernstadt eine Alleinstellung von Veranstaltungen nicht mehr ermöglichte. Eine Weisung seitens der Stadt wird nicht akzeptiert. Seitdem führt das Fachamt einen computergestützten Kalender, in den sich die betroffenen Vereine eintragen können. Das Prinzip, das derjenige Vorrang hat, der sich rechtzeitig meldet wird nicht von allen Vereinen angenommen. Es besteht meist keine Bereitschaft auf andere Rücksicht zu nehmen. In vielen Fällen versucht das Fachamt zu vermitteln. In einzelnen Fällen wie z.B. Rücksicht auf das Stadtfest in Rutesheim ist es gelungen. Die großen Veranstaltungen werden jedes Jahr mit dem Einzelhandel abgestimmt.	SA
GRÜNE 01	Stellungnahme von Seiten der Verwaltung zu allen nicht-kostenwirksamen Anträgen aller Fraktionen spätestens im Februar 2018.	Die Haushaltsanträge, welche nicht unmittelbar haushaltswirksam sind, wurden mit dieser Liste ebenfalls vorgelegt.	PA SA VA
GRÜNE 03	Nachhaltige Energieversorgung für das Neubaugebiet Jahnstraße in weiteren Planungen festschreiben.	Die Vorgaben zur Energieversorgung werden im Grundstücksvertrag/Kaufvertrag verbindlich geregelt und u.a. über Vertragsstrafen gesichert. Die Eckpunkte zum entsprechenden Vertragswerk TSG-Gelände Jahnstraße werden dem Gemeinderat voraussichtlich im 1. Quartal 2018 zum Beschluss vorgelegt.	PA
GRÜNE 05	Bei den Beschäftigten der Stadt soll vermehrt für die Nutzung des Carsharing geworben werden, um auf Dauer die Voraussetzungen zu schaffen, den eigenen Fuhrpark zu reduzieren.	Aus Sicht der Verwaltung kann das gerne in den Haushalt aufgenommen werden. Es sind an manchen Standorten zusätzlich Abstellmöglichkeiten zu schaffen (Fahrradboxen). Durch die Beschaffung von Pedelecs kann die Anzahl der Kraftfahrzeuge nicht reduziert werden, da bei entsprechender Witterung doch wieder die Kraftfahrzeuge verwendet werden.	VA
GRÜNE 15	Die Stadtverwaltung möge den Vorschlag der Glasfaser-Initiative Leonberg prüfen. Im Gewerbegebiet Leo-West einen Netzbetrieb durch die Stadtwerke bzw. durch die Leo Energie GmbH & Co.KG zu starten. Bei Bedarf müssen hierzu weitere Experten hinzugezogen werden.	Für die Fragestellung ist die LEO Energie geeignet. Die Geschäftsführung kann den Gremien einen Vorschlag unterbreiten.	VA

## Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2018 – nicht im Jahr 2018 haushaltswirksam

Antragsnummer	Vorgeschlagene Änderung	Hinweise der Verwaltung	Ausschuss
GRÜNE 16	Die Stadtverwaltung möge die Verlängerung der Buslinie 747 nach Renningen prüfen und diesbezüglich bei Kreis und Region vorstellig werden.	Die Prüfung muss durch den VVS und den Landkreis BB erfolgen. Seitens der Stadtwerke kann dies in die Wege geleitet werden.	VA ORW
FDP 01	Kooperation mit regionalem Wohnbauunternehmen für Bebauung Berliner Straße	Antrag zum gleichen Thema: CDU 01, FW 08 (bereits im Rahmen der haushaltswirksamen Anträge behandelt) Sobald ein Beschluss für die Bebauung dieser Fläche gefasst wird muss die Verwaltung, auch in Hinblick auf vergaberechtliche Vorgaben, prüfen wie eine Bebauung schnellst möglichst realisiert werden kann. In diesem Zusammenhang kann auch eine Kooperation mit regionalen Bauträgern angedacht werden.	PA
FDP 04	Fortschreibung Flächennutzungsplan: Vorziehen Wohngebiet Hasensaul mit Fläche für medizinische Nutzung	Anträge zum gleichen Thema: CDU 33, FW 04 (bereits im Rahmen der haushaltswirksamen Anträge behandelt)	PA
FDP 07	Überprüfung Entwurf Umbau Pforzheimer Straße	Die Entwurfsplanung für die Pforzheimer Straße wurde vom Rat bereits gebilligt, die Ausführungsplanung wird im Laufe des Jahres 2018 zur Beratung aufgerufen (bauliche Umsetzung voraussichtlich 2019). In diesem Zusammenhang können funktionale und gestalterische Detailfragen geklärt werden.	PA ORH
FDP 08	Koordinierung Baumaßnahmen	Eine Koordinierung kann sich nur auf städtische Maßnahmen beziehen und erfolgt bereits. Alle anderen Maßnahmen können nur über Gespräche vermittelt werden.	PA
FDP 09	S60 in Schwachlastzeiten bis Leonberg verlängern	Seitens der Stadtwerke und der Stadtverwaltung wird der durchgängige 15-Minuten-Takt für sehr sinnvoll erachtet. Ist bereits Thema im Kreistag. Die Entscheidung darüber fällt der VRS.	VA
FDP 13	Begrenzung des Schuldenanstiegs durch Erhöhung der Kostendeckungsgrade. Erhöhung der Kostendeckungsgrade durch Gebührenanpassung und Ausgabenbegrenzung	Die Gebühren für alle Angebote des AfKESS werden laufend durch Marktvergleich überprüft. Unsere Gebühren liegen in der Regel im oberen Feld vergleichbarer Anbieter. Im gegenteiligen Fall werden diese Gebühren umgehend angehoben. Thema Ausgabenbegrenzung siehe Antrag FW 19  Die Gebühren in der Kinder- und Schulkindbetreuung werden jährlich angepasst.	PA SA VA
S:ALZ 02	Die anstehenden Schulsanierungen sollen zügig abgewickelt werden. Eine Verschleppung, wie nun wiederholt beim Albert-Schweizer-Gymnasium, ist nicht hinnehmbar. Die Verwaltung ist aufgefordert, auch von sich aus ohne ständige Nachfrage über den Stand der Tätigkeiten im Stadtgebiet zu informieren.	Aufgrund des Auftragsvolumens musste ein VgV-Verfahren zur Findung des Architekten eingeleitet werden (06/2016). Nach Durchführung des Verfahrens und Vergabe der Planungsleistungen in 12/2016 wurde unter Einbindung der Schulleitung die Entwurfsplanung entwickelt und auf dieser Grundlage die Gesamtmaßnahme im Juli 2017 durch den Gemeinderat genehmigt. Da aus energetischen Gründen der Eingangsbereich umgestaltet werden muss, ist ein Baugesuch mit Brandschutzkonzept erforderlich. Das Baugesuch wird in 11/2017 eingereicht. Parallel wurden und werden die Planungen weitergeführt. Ende 2016 / Anfang 2017 werden die Arbeiten ausgeschrieben. Die ersten Arbeiten werden in den Osterferien 2018 beginnen. Wie ursprünglich auch geplant, werden die Arbeiten im Jahr 2019 abgeschlossen.	SA



## Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2018 – nicht im Jahr 2018 haushaltswirksam

Antragsnummer	Vorgeschlagene Änderung	Hinweise der Verwaltung	Ausschuss
S:ALZ 04	Das Reiterstadion soll mit Leben gefüllt werden. Dazu könnte beispielsweise ein Workshop oder eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, um auch bereits im Raum stehende Ideen, beispielsweise eine temporäre Eisenbahn, zu bewerten. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sollen im Gesamtgemeinderat vorgestellt werden	Nachdem der vom Sachgebiet Sport vorgeschlagene mobile Sportpark verworfen wurde könnte im 2. Quartal 2018 eine solche AG mit interessierten Gruppen zur Ideenfindung eingesetzt werden und entsprechende Planungen in den Haushalt 2019 einfließen.	SA
S:ALZ 07	Die Stadt soll, möglicherweise mit deiner öffentlichen Erklärung, in der Region darauf hinwirken, dass der ÖPNV zur wirksamen Verkehrsvermeidung völlig neu abgerechnet wird. Dabei soll die Jahreskarte für jeden Bürger wirklich günstig sein.	Der VVS gehört zu den teuersten Verkehrsverbänden in Deutschland. Wenn, dann sollten alle Tickets günstig sein.	VA
S:ALZ 09	Die Stadt kümmert sich um die Erhaltung alter Ortskerne und Einzelgebäude. Zudem werden neue Gebäude in ansprechender, moderner Architektur erstellt. Es wird beantragt, ein Liste erhaltenswürdiger Gebäude der dazwischen liegenden Dekaden zu erstellen. Noch sind Reste aus den "Zwischenjahrzenten" erhalten, ganze Siedlungen wurden allerdings schon zugunsten neuer Bauwerke geopfert. Es sollten herausragende Gebäude, die heute noch im Fokus der Stadthistorie stehen, aber wichtige Funktionen in der Geschichte hatten, für die Nachwelt erhalten bleiben.	<p>In Leonberg und den Stadtteilen stehen insgesamt ca. 270 Gebäude unter Denkmalschutz. Daneben sind auch weitere Gebäude aus den verschiedensten Gründen als erhaltenswert und schutzwürdig einzustufen. Während Denkmäler im Landesdenkmalschutzgesetz rechtlich definiert sind und deren Veränderung unter einem Genehmigungsvorbehalt steht, ist der Begriff der erhaltenswerten Bausubstanz nicht eindeutig definiert. Man versteht darunter Gebäude, Gebäudeensembles und Siedlungsteile, deren gestalterische Veränderung oder Abbruch zu einem Verlust oder Beeinträchtigung des prägenden, charakteristischen, historisch gewachsenen Ortsbildes von Dorf, Stadt und Region führen würde.</p> <p>Eine Neuerfassung, Erhebung und Bewertung der potentiell erhaltenswerten Gebäude stellt eine zeit- und arbeitsintensive Aufgabe in Abhängigkeit von den verfügbaren Kapazitäten und Ressourcen dar. Sie würde i.d.R. nicht flächendeckend, sondern gebietsbezogen als Grundlage für weitergehende Planungsprozesse unter der Federführung der Stadtentwicklung erfolgen. Die Durchführung ist von politischer Willensbildung und der Bereitstellung finanzieller und personeller Ressourcen abhängig.</p> <p>Bei der Bestimmung und Erfassung besonders erhaltenswerter Bausubstanz sind unterschiedliche Quellen und Fachbereiche hinzuzuziehen, bspw. Geschichts- und Heimatvereine, Archive, Denkmalpflege, Hochschulen, externe Fachleute für historische Bauforschung etc.</p> <p>Die Dokumentation an sich entfaltet keine Rechtsfolgen für die Eigentümer der erhaltenswerten Objekte. Wollte man diese Bausubstanz konsequent schützen, müssten durch örtliche Bauvorschriften gegenüber Eigentümern und sonstigen Verfügungsberechtigten verbindliche Vorgaben zum Umgang mit der besonders erhaltenswerten Bausubstanz erlassen werden.</p> <p>Hier sind Gestaltungs- und Erhaltungssatzungen sowie gestalterische Festlegungen in Sanierungsgebieten und Bebauungsplänen möglich.</p> <p>Die örtlichen Bauvorschriften werden als eigenständige Satzung erlassen und sind in ihrer Geltung stets auf spezifische Teilgebiete zugeschnitten: schützenswerte Bauteile, bestimmte Bauten, Straßen, Plätze oder Ortsteile von geschichtlicher, künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung sowie Kultur- und Naturdenkmale.</p>	PA SA